

Thießen, Ulrich

**Article — Digitized Version**

## Außenwirtschaftliche Aspekte des Transformations- und Entwicklungsprozesses in der Ukraine

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Thießen, Ulrich (1996) : Außenwirtschaftliche Aspekte des Transformations- und Entwicklungsprozesses in der Ukraine, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 0340-1707, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 65, Iss. 2, pp. 219-234

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/141133>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Außenwirtschaftliche Aspekte des Transformations- und Entwicklungsprozesses in der Ukraine

Von Ulrich Thießen\*

## Zusammenfassung

*Der Beitrag untersucht die Außenhandelsentwicklung, die reale Aufwertung und Fragen der Außenwirtschaftspolitik. In den Jahren 1993-1995 hatte die Außenhandelsentwicklung drei wesentliche Charakteristika: Erstens war das zunehmende Handels- und Leistungsbilanzdefizit mit tendenziell zunehmenden Anteilen des Konsums und der Lagerinvestitionen bei Unternehmen am BIP verbunden. Zweitens wurden mit westlichen Ländern insgesamt — entgegen der Erwartung — Exportüberschüsse erzielt. Der Grad der Ausnutzung des Exportpotentials in bezug auf diese Länder scheint nicht hoch zu sein. Drittens waren die überwiegenden Finanzierungsarten des Leistungsbilanzdefizits kurzfristige Kredite von Regierungen und von internationalen Organisationen und nicht langfristige Kredite und Direktinvestitionen aus privaten Quellen. Ukrainische Wirtschaftssubjekte exportierten netto Kapital.*

*Eine Finanzierung von Konsum durch steigende Netto-Auslandsverschuldung kann gerechtfertigt sein, wenn der Kapitalstock verbessert wird und das Produktionspotential und die Ausnutzung des Exportpotentials steigen. Hierzu sind jedoch beschleunigte strukturelle Reformen und eine transparentere Subventionspolitik erforderlich. Außenhandelserleichterungen der westlichen und östlichen Handelspartner würden dies ebenfalls fördern.*

*Die außenwirtschaftliche Entwicklung war außerdem durch eine reale Aufwertung der Währung seit 1993 gekennzeichnet. Eine noch bestehende Unterbewertung des Karbowanez scheint nur schwach ausgeprägt zu sein, so daß die Wahl eines festen Wechselkurses zur Erleichterung der Stabilisierung schnell zu Überbewertung führen kann. Eine Lösung könnte der Übergang auf ein Wechselkurssystem mit vorangekündigten monatlichen Abwertungsraten sein. Gemeinsam mit zusätzlich einzuführenden Elementen der Stabilisierungspolitik in bezug auf die Lohn- und Preisbildung wäre dies auch ein Beitrag zur Vermeidung weiterer Outputverluste während der Stabilisierung.*

*Die zunehmende Belastung von Importen mit Abgaben und Steuervergünstigungen für ausgewählte Exportunternehmen zeigen eine Änderung der Außenwirtschaftspolitik in Richtung auf eine Politik der Importsubstitution an. Diese Politik ist jedoch mit Risiken für das Wachstum verbunden.*

Seit Ende 1994 versucht die Ukraine ein makroökonomisches Anpassungsprogramm umzusetzen, das mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbart wurde und zunächst durch Kredite des IWF sowie anderer internationaler Organisationen zur Zahlungsbilanzfinanzierung unterstützt wurde. Vor dem Hintergrund einer starken wirtschaftlichen Rezession, hoher Inflation, hoher Reallohnsenkung sowie negativen Realzinsen (vgl. Tabelle 1) kam der außenwirtschaftlichen Entwicklung in diesem Programm eine besondere Rolle zu, weil die Ukraine anders als beispielsweise Rußland ein bedeutendes Leistungsbilanzdefizit finanzieren muß und in den Jahren seit 1993 eine bedeutende öffentliche Nettoauslandsschuld akkumulierte. Ende 1995 wurde die Gewährung zusätzlicher

Kredite zur Zahlungsbilanzfinanzierung aufgrund verzögerter Umsetzung des Anpassungsprogramms unterbrochen. Dies erhöhte das Interesse an einer Beurteilung der außenwirtschaftlichen Entwicklung. Dieser Beitrag untersucht die Handelsentwicklung, das Problem der anhaltenden realen Aufwertung und die bisher verfolgte Außenwirtschaftspolitik, um wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen ziehen zu können.

---

\* Für kritische Hinweise und Kommentare bedankt sich der Autor besonders bei Vera Lessat, Volkhart Vincentz und Christian Weise sowie bei Stefan Bach, Wolfram Schrettl und Ulrich Weißburger. Der Beitrag entstand im Rahmen eines von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, geführten Beratungsprojekts.

Tabelle 1

**Ukraine: Entwicklung wichtiger makroökonomischer Variablen 1991-1995**  
Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH; wenn nicht anders angegeben

	1991	1992	1993	1994	1995
BIP (real)	-13,5	-16,8	-14,2	-23,0	-11,8
Industrieproduktion (brutto; real)	-4,8	-6,4	-7,6	-27,7	-11,5
Landwirtschaftliche Produktion (brutto; real)	-13,2	-8,3	1,5	-17,0	-3,9
Anlageinvestitionen (brutto; real)	-7,1	-36,9	-10,3	-25,0	-35,0
Arbeitsproduktivität <sup>1)</sup>	.	.	-2,5	-30,4	-11,4
Budgetsaldo in vH des BIP <sup>2)</sup>	.	-29,3	-9,7	-8,6	-6,9
Verbraucherpreise	161,0	2 727,7	10 198,7	401,2	181,6
Monetäre Basis	.	.	1 750,0	468,3	96,6
Geldmenge M3, einschließlich Guthaben in Auslandswährung	.	.	1 800,0	540,3	234,2
Nominallohn <sup>3)</sup>	.	1 220,6	3 849,6	317,8	230,6
Reallohn <sup>3)4)</sup>	.	-53,3	-61,7	-16,6	17,4
Realer Wechselkurs <sup>5)</sup>	.	.	71,1	11,6	47,4
Realer Refinanzierungszinssatz bei der Zentralbank (Jahreszinssatz) <sup>6)</sup>	.	-458,6	-475,2	-45,6	9,6
Arbeitslosenquote <sup>7)</sup>	0,3	0,3	0,4	0,4	0,6

1) Verlaufsrate für die Industrie. — 2) Schätzung einschließlich außerbudgetärer Fonds. — 3) Durchschnitt der Gesamtwirtschaft. — 4) Nominallohn deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex. — 5) Auf Grundlage des US-Dollar Wechselkurses für Bargeldtransaktionen; Verlaufsrate des Indexes. — 6) Durchschnittlicher, monatlicher Refinanzierungszinssatz der Zentralbank (bereinigt um Sonderkonditionen) abzüglich des durchschnittlichen, monatlichen Anstiegs der Verbraucherpreise und multipliziert mit 12 Monaten. — 7) Ende des Jahres.

Quellen: BIP, Industrie- und landwirtschaftliche Produktion und Investitionen: World Bank (1996), Tabelle 1.1; Budgetdefizit: 1992-1993: IMF (1995), S.98; 1994-1995: eigene Schätzung; sonstige Angaben: European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996a).

## 1. Außenhandelsentwicklung

### 1.1 Entwicklung des Außenhandels unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Insbesondere für die Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion<sup>1</sup> führte die Auflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die Einführung eigener Währungen und der Übergang zu Weltmarktpreisen im Handel miteinander ohne koordiniertes Vorgehen (Vernachlässigung der Schaffung eines neuen Systems für Handelskredite und für den Zahlungsverkehr) zu einem über die Jahre 1991 und 1992 anhaltenden, starken Rückgang des Außenhandels. Das reale Handelsvolumen unter den GUS-Ländern und Baltikum verringerte sich drastisch<sup>2</sup>. Den GUS-Ländern gelang es im Transformationsprozeß sehr viel schlechter als den ostmitteleuropäischen Ländern (insbesondere Polen, Slowakische und Tschechische Republiken und Ungarn), ihren Handel mit westlichen Ländern zu steigern. Auch an dem hohen Wachstum des internationalen Handels mit dem südostasiatischen Raum haben die GUS-Länder bisher nicht nennenswert partizipiert. Den gegenwärtig vorliegenden Statistiken zufolge stabilisierte sich das aggregierte reale Handelsvolumen unter den GUS-Ländern erst im Verlauf des Jahres 1995 auf niedrigem Niveau<sup>3</sup>. Der Handel mit westlichen Ländern nahm

jedoch für die meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion bereits seit 1993 zu<sup>4</sup>.

Diese für die jüngere Zeit positive Entwicklung wird dadurch beeinträchtigt, daß (den vorliegenden Schätzungen zufolge) bei vielen GUS-Ländern die Warenstruktur des Außenhandels einseitig ist und keine Änderung zugunsten der im Entwicklungsprozeß besonders wichtigen Investitionsgüter eintrat: Die Importe sind stark auf Konsumgüter ausgerichtet und bei den Exporten überwiegt der Anteil der Rohstoffe und Vorprodukte. Im Gegensatz dazu ist beispielsweise in Polen und in der tschechischen Republik der Anteil der Kapitalgüter an den Importen seit 1990 unverändert relativ hoch (geschätzte 40-50 vH) und die Exporte sind überwiegend verarbeitete Produkte. Für die rohstoff-

<sup>1</sup> Im folgenden werden diese Länder auch als GUS-Länder und Baltikum bezeichnet.

<sup>2</sup> Beispielsweise sanken Rußlands Exporte in andere Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion im Jahr 1992 real um nahezu ein Viertel und seine Importe aus diesen Ländern um geschätzte 16 vH. Vgl. Kossikowa (1993), S. 17, Tabelle 5.

<sup>3</sup> Für Rußland wird bereits für das erste Halbjahr 1995 eine Stabilisierung seines Handels mit den anderen GUS-Ländern angegeben. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung et al. (1996), S. 38.

<sup>4</sup> Vgl. beispielsweise EBRD (1995), S. 188 ff.

reichen GUS-Länder (insbesondere Rußland und Kasachstan) kann die Ressourcenausstattung als ein wichtiger Faktor für die Erklärung der Grundstofflastigkeit der Exporte dienen. Für die rohstoffarmen GUS-Länder ist vor allem die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der verarbeitenden Industrie ausschlaggebend. Auf der Importseite ist primär das Investitionsverhalten für die Dominanz der Konsumgüter entscheidend. Für drei GUS-Länder (Rußland, Ukraine und Weißrußland) wurde gezeigt, daß während der Transformation nicht nur die Investitionsquoten (in konstanten Preisen) deutlich abnahmen, sondern daß besonders die Ausrüstungsinvestitionen sanken (und weniger stark die Bauinvestitionen)<sup>5</sup>. Dies beeinflusst die Importstruktur und mit gewisser Verzögerung auch die Exportstruktur. Ein auf Dauer niedriger Anteil insbesondere von westlichen Investitionsgütern an den Importen in die GUS würde aber die zur Förderung der Arbeitsproduktivität, der Beschäftigung und des Realeinkommens erforderliche Erhöhung des technologischen Niveaus und damit auch die Überwindung der Rezession und das zukünftige Wachstum behindern. Für Ausrüstungsinvestitionen wurde in bezug auf Industrieländer eine enge Beziehung zum realen wirtschaftlichen Wachstum gezeigt<sup>6</sup> und Ausrüstungen, die in GUS-Ländern produziert werden, sind häufig noch technologisch rückständig und relativ teuer. Da auch eine Verbesserung der Exportstruktur im Sinne eines steigenden Anteils von Endprodukten zunächst Investitionen erfordert, wären verbesserte Anreize für Investitionen einschließlich der Auslandsinvestitionen besonders hilfreich<sup>7</sup>.

## 1.2 Entwicklung des Außenhandels der Ukraine

### 1.2.1 *Terms-of-Trade-Schock und Reaktion der Wirtschaftspolitik*

Die für die GUS-Länder beobachteten Entwicklungen finden sich im wesentlichen auch für die Ukraine. Der durch den Übergang zu Weltmarktpreisen im Handel unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die Integration in den Welthandel ausgelöste negative terms-of-trade-Schock war für die Ukraine wahrscheinlich ausgeprägter als für andere osteuropäische Länder (insbesondere im Vergleich zu rohstoffreicheren GUS-Ländern), weil die Ukraine innerhalb der Arbeitsteilung der früheren Sowjetunion insbesondere auf Industriegüter und Nahrungsmittel spezialisiert war, deren Herstellung hohe Energieimporte erforderte. Mit Übergang zu Weltmarktpreisen im Zeitraum 1990 bis 1994 mußte Energie in US-Dollar bezahlt werden, während die angebotenen Industriegüter in Konkurrenz zu Industriegütern des Westens standen. Der über den genannten Zeitraum anhaltende negative terms-of-trade-Schock führte zu einer Entwertung des Kapitalstocks, insbesondere bei Industrieunternehmen. Ein Index für die Terms-of-Trade (TOT) liegt für die Ukraine nicht vor, da weder ein Exportpreisindex noch ein Import-

preisindex erfaßt werden. Die TOT Verschlechterung im Zeitraum 1990-1994 kann aber grob auf 70 vH geschätzt werden<sup>8</sup>. Im Vergleich hierzu war die Verschlechterung der TOT der Bundesrepublik in den Jahren 1972-74 und 1978-80, die erhebliche Rezessionen verursachte, deutlich geringer: Sie betrug jeweils 12 und 13 vH.

Die Wirtschaftspolitik hätte auf diese für den Lebensstandard in der Ukraine sehr nachteilige Entwicklung bereits Anfang der 90er Jahre mit einer Liberalisierung des Exportrechtes reagieren können. Damit wären Exporte von Gütern (vor allem nach Westen) gefördert worden, bei denen weiterhin komparative Vorteile bestanden. Dies betrifft vor allem landwirtschaftliche Güter, einfache Güter der Eisen- und Stahlindustrie, der Chemie, des Textil- und Bekleidungsgebietes und der Holz- und Lederverarbeitung. Wäre gleichzeitig die Privatisierung verstärkt worden, Eigentumsrechte, ein Gesellschaftsrecht (Aufstellung von Bilanzen und Unternehmensbewertung), das Konkursrecht und die Bankenaufsicht eingeführt bzw. verbessert, Neugründungen von Unternehmen und Auslandsinvestitionen vereinfacht und die Unternehmensentflechtung verstärkt worden, dann hätte eine Verbesserung des Angebots erwartet werden können. Jedoch wurden im Jahr 1993 die Exportvorschriften und Preiskontrollen ausgeweitet und die Devisenbewirtschaftung verschärft<sup>9</sup>. So kann erklärt werden, daß im gleichen Jahr die Exporte nach Westen sehr stark abnahmen (vgl. Tabelle 2). Anfang 1994 wurde mit dem Abbau von Regulierungen des Außen- und des Devisenhandels begonnen und seit Ende des Jahres 1994 wurde die Verbesserung der genannten zusätzlichen institutionellen Rahmenbedingungen in Angriff genommen. Dies war im gleichen Jahr mit hohem Exportwachstum verbunden. Trotz der hohen realen Aufwertung gegenüber dem US-Dollar im Jahr 1995 (in Höhe von 47 vH) nahm das Exportwachstum weiter zu (um 25 vH im Jahr 1995 gegenüber 18 vH im Jahr 1994) und in beiden Jahren

<sup>5</sup> Vgl. Brücker, Schrettl, Weißenburger (1995), insbesondere S. 13-36.

<sup>6</sup> Vgl. insbesondere: DeLong und Summers (1992).

<sup>7</sup> Mangelnde Anreize für Investitionen in den Nachfolgestaaten folgen allerdings noch aus geringer politischer und institutioneller Stabilität einschließlich der Garantie von Eigentumsrechten, geringer makroökonomischer Stabilität, unzureichender Unternehmenskontrolle, unterentwickelten und unzureichend regulierten Finanzmärkten und Fehlern bei der Steuerpolitik. Vgl. ausführlich: Brücker, Schrettl, Weißenburger (1995). Eine weitere Beeinträchtigung von Investitionen kann durch Abweichungen administrativ festgelegter relativer Preise von den am Weltmarkt herrschenden Verhältnissen gegeben sein.

<sup>8</sup> Der Energiepreis stieg im angegebenen Zeitraum von ungefähr 15 vH auf nahezu 100 vH des Weltmarktpreises, d.h. also um ungefähr 550 vH. Wird diese Änderung mit dem Anteil der Energieimporte an den gesamten Importen im Jahr 1994 (geschätzte 45 vH) multipliziert, so ergibt sich eine Erhöhung des Importpreisindex um 248 vH. Bei Annahme konstanter US-Dollar-Preise für sonstige Importe und ukrainische Exporte ergibt sich eine TOT Verschlechterung über den genannten Zeitraum in Höhe von 71 vH.

<sup>9</sup> Vgl. Kaufmann (1994), S. 55-58.

Tabelle 2

## Ukraine: Handels-, Dienstleistungs- und Leistungsbilanz 1992-1995

	1992	1993	1994	1995 <sup>1)</sup>
	in Mill. US-Dollar			
Warenexporte	11 308	8 618	10 187	12 730
davon:				
Nachfolgestaaten der Sowjetunion	5 308	5 502	5 813	6 948
Andere Länder	6 000	3 116	4 374	5 782
	in vH der Warenexporte			
Nachfolgestaaten der Sowjetunion	47	64	57	55
Andere Länder	53	36	43	45
	in Mill. US-Dollar			
Warenimporte	11 930	11 118	12 712	15 313
davon:				
Nachfolgestaaten der Sowjetunion	6 430	8 351	9 726	10 346
davon: Energie	2 587	5 825	5 800	.
Andere Länder	5 500	2 767	2 986	4 967
	in vH der Warenimporte			
Nachfolgestaaten der Sowjetunion	54	75	77	68
davon: Energie	22	52	46	.
Andere Länder	46	25	23	32
	in Mill. US-Dollar			
Saldo des Warenhandels	-622	-2 501	-2 525	-2 582
Saldo der Dienstleistungen (ohne Zins- und Dividendenzahlungen)	16	673	1325	1 380
Saldo der Zins- und Dividendenzahlungen	-15	-69	-264	-516
Übertragungen	0	120	200	200
Saldo der Leistungsbilanz	-621	-1 777	-1 264	-1 518
darunter:				
Nachfolgestaaten der Sowjetunion	-1 154	-2 711	-2 896	-2 618
Andere Länder	533	934	1 632	1 100
Nachrichtlich:				
Saldo der Handelsbilanz mit der Europäischen Union <sup>2)</sup> :				
Ukrainische Angaben	73	-175	-134	-30 <sup>3)</sup>
Angaben der Europäischen Union	-255	-945	-874	-478 <sup>3)</sup>
<sup>1)</sup> Vorläufige Schätzungen des Wirtschaftsministeriums der Ukraine.— <sup>2)</sup> Angaben nach: European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1995b), S. 48 f. und (1996), S. 70 f. — <sup>3)</sup> Erstes Halbjahr. <i>Quellen:</i> World Bank (1996), Table 1.6; Wirtschaftsministerium der Ukraine, European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1995b) und (1996a).				

übertraf es den Anstieg der Importe. Bemerkenswert ist auch die hohe Wachstumsrate der Exporte in die Europäische Union (EU)<sup>10</sup>. Jedoch bestanden auch Anfang 1996 noch eine Reihe von Regulierungen, die Exporte behindern: Das System der indikativen Preise im Außenwirtschaftsministerium (Registrierung von Exporten und Vergleich des vom Exporteur angegebenen Exportpreises mit angeblichen „Weltmarktpreisen“), Exportbehinderungen und Unsicherheit über vorübergehende Verbote vor allem bei landwirtschaftlichen Gütern, eine Devisenabgabepflicht<sup>11</sup> und die sehr umständliche bürokratische Abwicklung vieler Außenhandelsgeschäfte<sup>12</sup>. Auch die immer noch geringeren Export- und Importwerte in den offiziellen Statistiken im Vergleich zu Daten der westlichen Handelspartnerländer (mit wenigen Ausnahmen) weisen darauf hin, daß die Außenhandelsvorschriften in Verbindung mit der Steuerpolitik die Anreize verstärken, vollzogene Außenhandelsgeschäfte nicht anzugeben.

<sup>10</sup> Hier betrug das Wachstum des Exportwertes im ersten Halbjahr sowohl nach westlicher als auch nach ukrainischer Statistik etwas über 60 vH, während die ukrainischen Importe aus der EU nach westlicher Statistik um 40 vH anstiegen und nach ukrainischer Statistik um 52 vH. Tabelle 2 gibt die Schätzungen des Wirtschaftsministeriums der Ukraine gemäß World Bank (1996) wieder, die Schwächen der Zoll- und anderer Statistiken auszugleichen versuchen.

<sup>11</sup> 50 vH der Deviseneinnahmen von Unternehmen müssen an die Devisenbörse zur Versteigerung durch Banken, die eine Lizenz für das Devisengeschäft besitzen, abgegeben werden. Aufgrund der Bankgebühren führt die Umtauschpflicht zu höheren Kosten bei Unternehmen, wenn ein größerer Teil als 50 vH der eingekommenen Devisen für Importe benötigt wird und deshalb ein Teil der in Karbowanez umgetauschten Devisen wieder in Auslandswährung zurückgetauscht werden muß.

<sup>12</sup> Ein wichtiges Motiv für das indikative Preissystem bei Exporten liegt darin, Kapitalflucht zu begrenzen. Fraglich ist jedoch, ob Kapitalflucht nicht wirksamer durch die genannten strukturellen Verbesserungen und eine glaubwürdige Reformpolitik begrenzt werden kann.

### 1.2.2 Handel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Der Handel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wächst real seit 1993, jedoch nimmt sein Anteil am gesamten Außenhandel ab (vgl. Tabelle 2). Der größte Handelspartner ist Rußland<sup>13</sup>. Jedoch verringert sich sein Anteil sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen. Gegen eine zügig abnehmende Bedeutung Rußlands für die Ukraine als Handelspartner spricht, daß Energieimporte von Rußland nur langsam sinken, ukrainische Agrar- und Industrieerzeugnisse dort am bekanntesten sind, ukrainisch-russische Unternehmensverflechtungen auf ukrainischer Seite steuerlich gefördert werden und Wachstum für Rußland erwartet wird. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Exporte nach Rußland im Jahr 1995 trotz starker Verringerung des „Staatshandels“ (innerhalb eines bilateralen Handelsabkommens) zunahm. Hinzu kommt, daß Rußland bereit ist, weiter Energie zu liefern, obwohl die Bedienung der ihm gegenüber bestehenden Schuld in Höhe von über 4 Mrd. US-Dollar mit Unterbrechungen erfolgt und die Ukraine für Rußlands Handel wenig bedeutend ist<sup>14</sup>. Jedoch wird der ukrainisch-russische Handel aufgrund der seit Ende 1995 bestehenden Zollunion Rußlands mit Kasachstan und Weißrußland und dem Protektionismus dieser Zollunion gedämpft. Außerdem erscheint das im folgenden Abschnitt betrachtete Exportpotential der Ukraine in bezug auf westliche Länder nur gering ausgenutzt zu sein. Das hohe Handels- und Leistungsbilanzdefizit mit Rußland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sank im Jahr 1995 erstmals seit Beginn der Transformation, weil die Exporte nach Rußland zunahm, die Energieimportpreise nicht weiter anstiegen und die Nachfrage nach importierter Energie real ungefähr konstant blieb.

### 1.2.3 Handel mit Ländern

#### *außerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion*

Außenhandelsüberschüsse erzielt die Ukraine seit 1992 im Handel mit Ländern, die weder der früheren Sowjetunion noch der Europäischen Union angehören<sup>15</sup>. Der US-Dollar-Wert dieses Außenhandels beträgt ungefähr die Hälfte des Handelswertes mit dem nach Rußland größten Handelspartner EU, und er wächst geringer als der Außenhandelswert mit der EU. Mit der EU besteht ein Außenhandelsdefizit, das jedoch abnimmt (vgl. Tabelle 2). Zur Einschätzung des Exportpotentials in bezug auf Länder außerhalb der Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist die Benutzung eines sogenannten „Gravitationsmodells“ hilfreich. Das Modell erklärt das Außenhandelsvolumen zwischen zwei Ländern mit dem Pro-Kopf-Einkommen (in US-Dollar) und der Bevölkerungsgröße in den betrachteten Ländern und der Entfernung zwischen ihnen<sup>16</sup>. Auf Grundlage dieses Ansatzes und bei Annahme eines ukrainischen Pro-Kopf-Einkommens in Höhe von 1000 US-Dollar wurde für die Ukraine die durchschnittliche Ausnutzung seines Exportpotentials in bezug auf die EU im Jahr 1993 mit 66 vH angegeben und für weitere westliche Länder (Nor-

wegen, Japan, Schweiz und USA) im gleichen Jahr mit 39 vH<sup>17</sup>. Jedoch reagiert das Ergebnis empfindlich auf Änderungen des angenommenen Pro-Kopf-Einkommens in US-Dollar. Aufgrund der divergierenden Schätzungen dieses Pro-Kopf-Einkommens für die Ukraine in Höhe von 600 bis 2 900 US-Dollar ist daher das Ergebnis mit hoher Unsicherheit behaftet. Benutzt man den oberen Wert der Schätzungen des ukrainischen US-Dollar Pro-Kopf-Einkommens, wäre das Exportpotential gegenüber dem Westen folglich gegenwärtig nur in geringem Maße ausgeschöpft.

Hier soll das Exportpotential in bezug auf die EU näher erläutert werden: Neben den in den folgenden Abschnitten betrachteten Fragen der realen Aufwertung der ukrainischen Währung (Karbowanez) gegenüber westlichen Währungen und zunehmendem Importschutz in der Ukraine sind zwei Einflüsse maßgeblich: a) der Importschutz der EU einschließlich des Instruments der Anti-Dumping-Verfahren; b) die Subventionspolitik der Ukraine.

ad a) Der Importschutz der EU betrifft vor allem die Bereiche Landwirtschaft, Eisen und Stahl, Textil und Bekleidung. Aufgrund von Anti-Dumpingmaßnahmen genießen jedoch auch weitere Bereiche, insbesondere die Chemie und Elektronik, gewissen Schutz<sup>18</sup>. In bezug auf Agrarprodukte gibt es eine Vielzahl von Beschränkungen und besonderen Abgaben. Sogenannte Schwellenpreise werden von der EU durch Zölle, die den Unterschied zum Weltmarktpreis ausgleichen, durchgesetzt. Jedoch ist die EU aufgrund von Vereinbarungen, die 1993 im Rahmen des „Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens“ (GATT) getroffen wurden, gezwungen, Subventionen für Agrarexporte über einen mittelfristigen Zeitraum abzubauen<sup>19</sup>. Dies fördert den ukrainischen

<sup>13</sup> Im Jahr 1994 nahm Rußland ungefähr 45 vH der Exporte auf und sein Anteil an den ukrainischen Importen betrug über 55 vH (überwiegend Energie). Der Anteil der Ukraine an den russischen Im- und Exporten betrug im gleichen Jahr jeweils ungefähr 13 vH.

<sup>14</sup> Möglicherweise steht dieses Verhalten im Zusammenhang mit der noch bestehenden Abhängigkeit russischer Erdgasexporte nach Westeuropa von der Benutzung ukrainischer Pipelines. Die Einnahmen aus der Transitgebühr für die Durchleitung erklären den hohen Überschuß in der ukrainischen Dienstleistungsbilanz. Mit Errichtung neuer Pipelines von Rußland nach Westeuropa unter Umgehung der Ukraine könnte sich diese für die Ukraine noch günstige Situation ändern.

<sup>15</sup> Dies betrifft vor allem China, Japan, Kanada, die Türkei und die USA. Mit Polen besteht ein Handelsbilanzdefizit und mit der Gruppe anderer ostmitteleuropäischer Länder ein geringfügiger Überschuß. Vgl. European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996a), S. 70 f.

<sup>16</sup> Vgl. insbesondere Baldwin (1994).

<sup>17</sup> Vgl. European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1994), S. 48 f.

<sup>18</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996b), S. 122 ff.

<sup>19</sup> Vgl. The International Agricultural Trade Research Consortium (1994), S. 45.

Agrarexport, weil damit *ceteris paribus* das Angebot aus der EU verteuert wird, ein Preisanstieg auf Agrarmärkten außerhalb der EU eintritt und ukrainische Anbieter damit wettbewerbsfähiger werden. Zu berücksichtigen ist auch, daß die EU den Import weniger Agrarprodukte ohne besondere Importabgaben erlaubt (Ölsaaten und Getreidesubstitute). Diese Nischen könnte die Ukraine stärker nutzen. Bezüglich Stahl, Textilien und Bekleidung bestehen zwischen der EU und osteuropäischen Ländern bilaterale Abkommen, die für osteuropäische Länder Höchstmengen vorsehen<sup>20</sup>. Die (noch geringen) Kontingente werden von der EU sukzessive erhöht und von der Ukraine in bezug auf Stahl bisher bei keiner Warengruppe ausgenutzt, trotz deutlichem Wachstum ihrer (geringen) Stahlexporte in die EU. In bezug auf Textilien und Bekleidung gibt es nur wenige Warengruppen, bei denen die bestehenden Quoten von der Ukraine ausgenutzt werden.

Anti-Dumping-Verfahren bilden ein besonderes Problem, weil erstens sowohl die EU als auch die USA die Ukraine noch nicht als eine Marktwirtschaft anerkennen und daher bei erfolgreichen Anti-Dumping-Klagen alle ukrainischen Exporteure des betreffenden Gutes die festgelegte Prämie bezahlen müssen<sup>21</sup>. Zweitens haben diese Verfahren ein Abschreckungspotential, das möglicherweise Handel verhindert<sup>22</sup>.

ad b) Die Subventionspolitik der Ukraine ist wenig transparent. Nach westlicher Schätzung wurden die Subventionen (in Form von Zahlungen und Krediten) zwar von über 15 vH des BIP in den Jahren 1993 und 1994 auf etwas unter 10 vH des BIP im Jahr 1995 verringert. Die hiervon auf die Industrie entfallenden Zahlungen (also ohne Kohlebergbau und Landwirtschaft) betragen jedoch nur geschätzte 1-2 vH des BIP. Dennoch bestehen eine Reihe von Steuervergünstigungen, und Sanktionen gegenüber zahlungsunfähigen oder zahlungsunwilligen Betrieben sind noch schwach ausgeprägt. Neben der hieraus folgenden Behinderung des Strukturwandels und des Produktivitätswachstums erschwert dies die Verteidigung ukrainischer Unternehmen gegen Anti-Dumping-Klagen.

Schließlich sind auch die „freiwilligen Exportbeschränkungen“ zu nennen, die für Exporte von Stahl und Textilien in westliche Nicht-EU Länder vereinbart wurden. Hier kann nicht überprüft werden, ob diese Beschränkungen effektiv sind. Sie können jedoch, selbst wenn sie nicht effektiv sind, genau wie Quoten eine abschreckende Wirkung haben.

### 1.3 Beurteilung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits

Für ein Land, das in die internationale Arbeitsteilung eintritt und einen Kapitalstock gemäß der am Weltmarkt herr-

schenden relativen Preise aufbaut, ist für einen längeren Zeitraum ein Handels- und Leistungsbilanzdefizit zu erwarten: Im Idealfall resultiert dieses Defizit vor allem aus Importen von Kapitalgütern und Dienstleistungen, die dazu dienen, das Wachstum und die Exporte zu beschleunigen, so daß die spätere Bedienung der entstandenen Auslandsschuld problemlos ist. Verschuldung ist sinnvoll, wenn der erwartete reale Ertrag aus den eingesetzten Ressourcen höher ist, als die erwartete Tilgungsrate, mit der die Schuld bedient werden muß. Wenn also ein Leistungsbilanzdefizit entsteht, weil beispielsweise im Inland der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen (Investitionen des Staates und der Unternehmen) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt, während der Anteil des privaten und staatlichen Konsums konstant bleibt, ist mittel- und langfristig höheres Wachstum und ein steigender Lebensstandard zu erwarten. Das Ausland ermöglicht in diesem Fall steigende inländische Investitionen bei unveränderter gesamtwirtschaftlicher Sparquote.

Das in Tabelle 2 angegebene Leistungsbilanzdefizit betrug im Jahr 1995 geschätzte 1,2 bis 4,7 vH des BIP<sup>23</sup>. Zur Beurteilung dieses Defizits ist die Statistik über die Verwendung des BIP heranzuziehen (vgl. Tabelle 3). Hiernach war die Zunahme des Handelsbilanzdefizits mit steigendem Anteil des staatlichen und gesamtwirtschaftlichen Konsums am BIP verbunden sowie mit einer tendenziellen Zunahme des Anteils der Vorratsinvestitionen der Unternehmen am BIP. Der Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am BIP sank.

Für ostmitteleuropäische Länder wurde die Verbindung steigender Leistungsbilanzdefizite mit zunehmender Konsumquote anstatt zunehmender Investitionsquote in einer Analyse der Kapitalbewegungen in diesen Ländern im Zeitraum 1987-1993 dokumentiert<sup>24</sup>. Dort wurde argumentiert, daß der Anstieg des Konsumanteils am BIP zu erwarten war und seine Finanzierung durch Zunahme der Netto-Auslandsverschuldung als unproblematisch beurteilt

<sup>20</sup> In bezug auf Stahl vgl. *Wirtschaftsvereinigung Stahl* (1995); in bezug auf Textilien und Bekleidung vgl. *Möbius* (1995), insbesondere S. 27 ff.

<sup>21</sup> Die Prämie wird auf Basis der Kosten berechnet, welche in vergleichbaren Ländern mit Marktwirtschaft herrschen. Dies bedeutet, daß eventuell bestehende, besondere komparative Vorteile der Ukraine nicht berücksichtigt werden.

<sup>22</sup> Es wurde vermutet, daß sich Anti-Dumpingmaßnahmen als Protektionsinstrument erster Wahl auf Seite der EU entwickeln. *Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (1996b), S. 125.

<sup>23</sup> In der ukrainischen Statistik werden Ex- und Importe üblicherweise in US-Dollar angegeben. Benutzt man den durchschnittlichen US-Dollar-Wechselkurs am Interbankenmarkt, erhält man für 1995 ein BIP in Höhe von 32 Mrd. US-Dollar. Auf Basis von Schätzungen der Kaufkraftparität ist das BIP bis zum Vierfachen höher. Daher bestehen unterschiedliche Angaben der Höhe des Leistungsbilanzdefizits in vH des BIP.

<sup>24</sup> "These large current account deficits mainly mirror increases in consumption (predominantly private consumption) rather than investment". *Vgl. Calvo, Sahay und Vegh* (1995), S. 14.

Tabelle 3

**Ukraine: Verwendung des Bruttoinlandsprodukts  
in vH des BIP**

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Verbrauch	73,6	71,6	63,6	64,1	68,9	69,8
Private Haushalte	54,8	52,1	42,0	44,1	48,2	47,1
Gemeinnützige Organisationen	2,3	2,1	4,0	4,0	3,2	4,4
Staat	16,5	17,4	17,6	16,0	17,5	18,3
Brutto-Anlageinvestitionen	23,2	20,1	27,1	24,2	23,5	20,0
Vorratsveränderung	4,4	6,3	7,3	12,0	10,8	14,2
Außenbeitrag	-1,2	2,0	2,0	-0,3	-3,2	-4,0
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*Quelle:* European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996a), S. 8.

werden kann, weil die Ressourcen aufgrund der strukturellen Reformen effizienter eingesetzt werden, das Produktionspotential und Realwachstum zunehmen und so das langfristig mögliche Konsumniveau steigt. Die zunehmende Netto-Auslandsverschuldung ermöglicht, bereits in der Gegenwart auf das langfristig höhere Konsumniveau überzugehen. Fraglich ist, ob diese Analyse auch für die Ukraine zutrifft.

Bei der Erklärung des steigenden Anteils des staatlichen Konsums ist zu berücksichtigen, daß die Anpassung der binnenwirtschaftlichen Energiepreise für die Industrie und privaten Haushalte an die gestiegenen Importpreise mit großer Verzögerung erfolgte. Für die Industrie wurde eine vollständige Anpassung im Jahr 1995 erreicht; für private Haushalte wurde keine vollständige Anpassung vorgenommen. Die Energiesubventionen belasteten in Verbindung mit nichtbezahlten Energierechnungen durch Unternehmen und private Haushalte das Staatsbudget. Hinzu kam, daß der Staat seine Garantie für die Bezahlung der Energieimporte erst Anfang 1996 widerrief. Außerdem trugen die Energiesubventionen dazu bei, daß das Volumen der Energieimporte, insbesondere des wichtigsten Energieträgers Erdgas, deutlich geringer zurückging als das offizielle reale BIP und damit auch das Handelsbilanzdefizit vor allem gegenüber Rußland hoch blieb. Bei der Erklärung des tendenziell steigenden BIP-Anteils der Vorratsveränderung bei Unternehmen ist zu berücksichtigen, daß die strukturellen Reformen bis Ende 1995 nur langsam voranschritten. Ausdruck dieser im Vergleich zu ostmitteleuropäischen Ländern langsameren Transformation ist beispielsweise die unzureichende Zugriffsmöglichkeit auf Vermögenswerte von säumigen Schuldern. So liegt die Schlußfolgerung nahe, daß viele Unternehmen die Produktion aufrechterhielten, indem sie ihre Vorratsinvestitionen erhöhten (auf Halbe produzierten), weil sie noch nicht den Sanktionen unterlagen, die in einer Marktwirtschaft gelten (also letztlich der Konkurs), damit das Angebot verbessert und der sich ständig ändernden Nachfrage angepaßt wird.

Aus diesen Gründen ist zweifelhaft, ob die ab 1993 zunehmende Netto-Auslandsverschuldung dazu beitrug, die Nutzung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen zu verbessern, das Produktionspotential zu steigern und damit ein dauerhaft höheres Konsumniveau zu rechtfertigen<sup>25</sup>. Auch die Art der Finanzierung des ukrainischen Leistungsbilanzdefizits unterstützt diese Sichtweise: Es wurde nicht überwiegend durch langfristige Kredite und/oder ausländische Direktinvestitionen<sup>26</sup> finanziert, sondern über kurzfristige Kredite (die vor allem Rußland, Turkmenistan und seit 1995 internationale Organisationen zur Verfügung stellten) bei gleichzeitigem Nettokapitalexport durch ukrainische Wirtschaftssubjekte<sup>27</sup>.

## 2. Reale Aufwertung

Trotz der anhaltenden Leistungsbilanzdefizite und Kapitalexporte, die das Ausland über kurzfristige Kredite aus öffentlichen Quellen finanziert, ist seit über drei Jahren die nominale Abwertung des Karbowanez auf freien Märkten gegenüber dem US-Dollar im Jahresdurchschnitt deutlich geringer als die Inflationsrate<sup>28</sup>. Die Änderungen des realen Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar (Verlaufsraten) betragen im Jahr 1993: +71 vH, 1994: +12 vH und 1995: +47 vH (vgl. Tabelle 1). Auch gegenüber dem russischen Rubel wertete der Karbowanez im Jahresverlauf 1995 real geringfügig auf; im Gegensatz zu den westlichen Währungen gab es hier jedoch in den vergangenen zwei

<sup>25</sup> Ein Unsicherheitsfaktor ist hier die Entwicklung der Schatzenwirtschaft und das dort bestehende Investitionsverhalten.

<sup>26</sup> Im Zeitraum 1989 bis 1994 wurden insgesamt 461 Millionen US-Dollar an Auslandsinvestitionen attrahiert (9 US-Dollar Pro-Kopf). Vgl. EBRD (1995), S. 87.

<sup>27</sup> Vgl. IMF (1995), S. 44, 111 und 114.

<sup>28</sup> Vor Ende Oktober 1994 bestanden mehrere Wechselkurse. Seither ist der Wechselkurs frei schwankend. Jedoch interveniert die Zentralbank zeitweilig unter Benutzung der Erlöse aus Devisenkrediten.



Jahren keine eindeutige Tendenz in eine bestimmte Richtung, d.h. daß sich der Karbowanez und auch der Rubel gegenüber westlichen Währungen real sehr deutlich aufwerteten. Im folgenden werden mögliche Ursachen für die reale Aufwertung erläutert sowie Einflüsse, die dem entgegenwirkten. Anschließend wird eine Beurteilung vorgenommen.

## 2.1 Erklärung der realen Aufwertung

Nahezu alle Transformationsländer machten die Erfahrung tendenzieller realer Aufwertung ihrer Währung gegenüber westlichen Währungen nach vorübergehender nominaler und realer Abwertung zu Beginn der Transformation. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil es große Unterschiede in der Entwicklung wichtiger institutioneller Rahmenbedingungen und makroökonomischer Variablen gibt, die den realen Wechselkurs beeinflussen (beispielsweise das Wechselkursregime, die Kapitalverkehrsvorschriften, die Kapitalbewegungen, die Produktivitätsentwicklung und das reale wirtschaftliche Wachstum).

Gemeinsam ist jedoch den Transformationsländern, daß der Dienstleistungssektor zu Beginn der Transformation stark unterentwickelt war (beispielsweise in bezug auf das Bankensystem und Versicherungen). In vielen Ländern wurden außerdem nach der anfänglichen Preisliberalisierung Subventionen für bestimmte Dienstleistungen verringert (beispielsweise in bezug auf Mieten und soziale Dienste). Dies führt zu der Erwartung überproportional stark steigender Preise für Dienstleistungen, wenn nicht die Preiselastizität des Angebots in diesem Sektor besonders hoch ist und/oder hier auch kein überdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt entsteht, der Preissteigerungen dämpfen würde. Die Preisentwicklung bei Dienstleistungen ist in bezug auf die Entwicklung des realen Wechselkurses von Bedeutung, weil viele Dienstleistungen nicht international handelbar sind und der nominale Wechselkurs langfristig nur Preisunterschiede ausgleicht, die bei handelbaren Gütern bestehen. Es besteht daher die Erwartung, daß der stärkere Preisanstieg der Verbraucherpreise eines osteuropäischen Landes im Vergleich zu den Verbraucherpreisen in westlichen Ländern für gewisse Zeit nicht vollständig durch einen Anstieg des nominalen Wechselkurses kompensiert wird, weil in dem osteuropäischen Land die Preise für nichthandelbare Dienstleistungen überproportional stark steigen. Allerdings ist es auch in entwickelten Marktwirtschaften üblich, daß die Preisindizes für Dienstleistungen und der Verbraucherpreisindex schneller steigen als die Preisindizes für Industriegüter und für Exporte: Dies ist die Folge des höheren Produktivitätswachstums bei der Gütererstellung im Vergleich zur Erstellung von Dienstleistungen. Daraus folgt genaugenommen, daß die Differenz der Inflation bei Dienstleistungen gegenüber der Inflation bei handelbaren Gütern als eine Ursache für die reale Aufwertung einer osteuropäischen gegenüber einer westlichen Währung nur dann ver-

mutet werden kann, wenn sie in dem osteuropäischen Land größer ist als in dem betreffenden westlichen Land.

Die ukrainische Statistik enthält seit 1994 einen Preisindex für Dienstleistungen und sein durchschnittlicher Anstieg in den Jahren 1994 und 1995 war jeweils wesentlich höher als der Anstieg der Preisindizes für Nahrungsmittel und Industriegüter, so daß dies zur Erklärung der realen Aufwertung beiträgt.

Eine zweite Ursache für die reale Aufwertung im Jahr 1995 ist die im Oktober 1994 durchgeführte Vereinheitlichung des Wechselkurses (bei gleichzeitiger Verringerung der Devisenumtauschpflicht von 100 auf 50 vH der Devisenerlöse und Auflösung des „Tender Committees“, das bis dahin die Devisenzuteilung vornahm): Dies entsprach einer Verringerung der Besteuerung der Exporte und wirkte exportfördernd. Ein stark wachsendes Devisenangebot war die Folge.

Drittens ist der Netto-Zufluß von Devisen aus Krediten internationaler Organisationen zu berücksichtigen. Insbesondere im Jahr 1995 war dieser Zugang beträchtlich (ungefähr 870 Mill. US-Dollar). Zwar stiegen die Brutto-Devisenreserven der Zentralbank in Höhe der Hälfte dieses Betrages, so daß nur ein Teil des Restbetrags — beispielsweise über Interventionen der Zentralbank zugunsten des Karbowanez — direkt zur Erhöhung des Devisenangebots führte. Die Bedeutung dieses Zuflusses liegt aber vor allem darin, daß die Kreditwürdigkeit der Regierung international anerkannt wurde und damit auch die Bereitschaft Rußlands zur Kreditvergabe gefördert wurde.

In bezug auf ostmitteleuropäische Länder wurde argumentiert, daß ein Grund für die reale Aufwertung der Währungen der steigende Anteil des gesamtwirtschaftlichen Konsums am BIP war, vor allem des privaten Verbrauchs, bei gleichzeitig abnehmender Investitionsquote<sup>29</sup>. Diese Argumentation stützt sich auf die Erfahrung, daß der Anteil der Importe am inländischen Konsum meistens niedriger ist als bei Investitionen. In bezug auf die Ukraine erscheint diese Argumentation jedoch nicht relevant: Zwar sank, wie bereits erläutert, seit 1993 die Investitionsquote und der gesamtwirtschaftliche Konsum stieg, jedoch nahm der Anteil der Importe am BIP in den Jahren von 1993 bis 1995 von 26,2 auf 52 vH zu (der Anteil der Exporte stieg im gleichen Zeitraum von 25,9 auf 48 vH des BIP)<sup>30</sup>.

Diesen Gründen für die reale Aufwertung wirken jedoch die Kapitalflucht und die „Dollarisierung“ entgegen. Trotz der seit Herbst 1994 eingeleiteten strukturellen Reformen trat bei der Kapitalflucht im Jahr 1995 keine Wende ein. Sie wird auf 1 bis 2 Mrd. US-Dollar jährlich seit 1992 geschätzt (d.h. ihr Umfang entsprach 3 bis 7 vH des BIP). Dagegen scheint seit Anfang 1995 im Zuge der tendenziell steigen-

<sup>29</sup> Vgl. Calvo, Sahay und Vegh (1995), S.14 ff.

<sup>30</sup> Vgl. European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996a), S. 8.

den Realzinsen (vgl. Tabelle 1) die Dollarisierung abgenommen zu haben<sup>31</sup>. Dies ist bemerkenswert, weil aufgrund einer hohen Marge zwischen Kredit- und Einlagenzinsen die durchschnittliche Realverzinsung der Einlagen bei Banken auch im Jahr 1995 noch leicht negativ war und den Wirtschaftssubjekten daher außer Auslandswährung kein inflationsgeschütztes liquides Anlageinstrument zur Sicherung des Realwertes ihrer Kassenhaltung zur Verfügung stand. Eine anhaltende Zunahme der Realzinsen würde ceteris paribus die reale Aufwertung unterstützen.

## 2.2 Beurteilung einer anhaltenden realen Aufwertung

Das von der Ukraine befolgte makroökonomische Anpassungsprogramm sieht als zentrale Elemente eine deutliche Verringerung des konsolidierten Budgetdefizits und des Anstiegs der monetären Basis sowie eine Vielzahl struktureller Reformen vor. Wünschenswert wären bei dieser restriktiven Geld- und Fiskalpolitik expansive Effekte auf die wirtschaftliche Aktivität, die kurzfristig wirksam würden. Der hohe Offenheitsgrad der Ukraine ist eine Voraussetzung dafür, das Wachstum über den realen Wechselkurs zu stimulieren. Die Stimulierung wäre insbesondere dann zu erwarten, wenn die bisherige reale Aufwertung bei wichtigen Exportgütern zur „Überbewertung“ der Währung geführt hat und wenn eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aufgrund einer Abwertung nicht lediglich zu Preiserhöhungen bei den wichtigsten Exportbranchen führen würde.

Aufgrund folgender Überlegung wird jedoch von einer weiterhin bestehenden Unterbewertung des Karbowanez ausgegangen<sup>32</sup>: Das Volumen der Produktion in den einzelnen Branchen wird mit angenommenen US-Dollar-Preisen multipliziert. Der jeweilige Produktionswert in Karbowanez wird durch diesen US-Dollar-Produktionswert geteilt. Der resultierende fiktive Wechselkurs (Karbowanez pro US-Dollar) kann als branchenbezogene Kaufkraftparität interpretiert werden. Die Relation Marktwechselkurs zu dieser Parität gibt eine Unterbewertung des Karbowanez an, wenn sie größer ist als Eins. Eine Überbewertung liegt vor, wenn die Relation kleiner ist als Eins. Für den Zeitraum Dezember 1992 bis Februar 1996 nahm die Relation des Marktwechselkurses zur durchschnittlichen Kaufkraftparität der Industrie (ohne Energiesektor) unter starken Schwankungen von 4,8 auf 1,4 ab, d.h. der Karbowanez wäre noch unterbewertet (vgl. Tabelle 4)<sup>33</sup>. Im genannten Zeitraum nahmen außerdem die Differenzen zwischen den für die einzelnen Branchen berechneten Relationen voneinander stark ab, was darauf hindeutet, daß sich die relativen Preise in der ukrainischen Industrie den Weltmarktverhältnissen angeglichen haben. Die Allokation der Ressourcen ist offenbar effizienter geworden.

Eine Schwäche dieser Methode ist die Bewertung der industriellen Produktion mit US-Dollar-Preisen<sup>34</sup> und die Nichtberücksichtigung der für die Ukraine wichtigen

Exportgüter der Landwirtschaft. Das Vorgehen kann lediglich Indikatoren mit begrenzter Aussagekraft für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie liefern.

Läßt die beobachtete Preis- und Produktivitätsentwicklung Rückschlüsse auf die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und des Verhaltens der ukrainischen Industrie zu? Seit 1993 gab es über mehrere Monate anhaltende Perioden, in denen — anders als erwartet — die Preise für Industriegüter (im Durchschnitt) stärker stiegen als die Verbraucherpreise. Die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der Industrie nahm dabei kontinuierlich ab (Tabelle 1). Dies deutet darauf hin, daß viele Industrieunternehmen bestrebt waren, über höhere Preise anstatt über Produktivitätsverbesserung ihre Situation zu verbessern. Die Betrachtung der Preisindices auf Branchenebene zeigt immerhin, daß im Jahr 1995 Branchen mit hohem Exportanteil geringere Preissteigerungen hatten als Branchen mit geringem Exportanteil. Dies zeigt einen überdurchschnittlichen Anpassungsdruck auf die Exportindustrie. Wird der Zwang zur Produktivitätsverbesserung durch verstärkte Strukturreformen und möglichst offene Grenzen für Importe erhöht, darf erwartet werden, daß eine Wechselkurspolitik, die die anhaltende reale Aufwertung dämpft, vor allem die Produktion fördert und weniger die Preissteigerungen.

Die Handelsbilanz verbessert sich, wenn die heimische Importnachfrage und die Exportnachfrage im Ausland ausreichend preiselastisch sind und das Exportangebot elastisch auf verbesserte Absatzmöglichkeiten reagiert<sup>35</sup>. Strukturreformen lassen einen positiven Einfluß auf die Reaktion von Exportangebot und Importnachfrage (im wesentlichen Nachfrage nach Energie und einfachen Konsumgütern) erwarten: Behinderungen für Exporte sollen weiter abgebaut werden. Insbesondere bei landwirtschaftlichen Produkten waren bis Ende 1995 Exportbeschrän-

<sup>31</sup> So nahm der „Dollarisierungsgrad“, der den Anteil der Bankguthaben in Auslandswährung (umgerechnet in Inlandswährung) an den gesamten Einlagen wiedergibt, von Januar 1995 bis Februar 1996 nahezu stetig ab, und zwar von 51 vH auf 38 vH. Vgl. European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996b), S. 22.

<sup>32</sup> Vgl. European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1995a), S. 59 ff.

<sup>33</sup> Sofern im genannten Zeitraum Qualitätsverbesserungen der ukrainischen Güter eintraten, nahm die Unterbewertung weniger stark ab.

<sup>34</sup> Der US-Dollar-Preis vieler Industriegüter muß geschätzt werden, weil sie nicht auf westlichen Märkten gehandelt werden; auch die Festlegung der US-Dollar-Preise für gehandelte Güter ist schwierig.

<sup>35</sup> Formal gilt nach der Marshall-Lerner-Bedingung, daß der Außenbeitrag in Folge einer Abwertung und bei Annahme unendlicher Preiselastizität des Angebots zunimmt, wenn die Summe der Elastizitäten der heimischen Importnachfrage und der Auslandsnachfrage nach Exporten größer als Eins ist.

Tabelle 4

## Ukraine: Koeffizienten der Unterbewertung des Karbowanez in der Industrie

Monat/Jahr	Eisen und Stahl	Maschinenbau	Nahrungsmittel	Sonstige Industrien	Industrie ohne Energiesektor
Januar 93	5,1	7,6	4,1	4,5	4,8
Februar 93	3,4	9,2	5,9	5,0	6,0
März 93	4,0	9,7	7,5	6,2	7,2
April 93	5,1	11,1	8,6	7,2	8,4
Mai 93	6,4	8,4	8,5	4,3	5,2
Juni 93	3,0	6,0	4,6	3,7	4,3
Juli 93	3,1	5,9	4,8	3,3	4,0
August 93	2,8	7,6	6,3	3,9	4,6
September 93	2,8	8,4	4,6	4,7	5,4
Oktober 93	4,2	11,1	5,3	6,4	7,1
November 93	6,9	9,9	6,0	5,1	6,7
Dezember 93	6,3	6,7	4,1	4,0	5,0
Januar 94	5,5	5,3	3,6	3,4	4,0
Februar 94	3,9	4,0	2,9	2,5	2,9
März 94	2,3	3,7	2,9	2,3	2,7
April 94	2,3	3,7	3,2	2,6	2,9
Mai 94	2,6	4,7	3,4	2,9	3,4
Juni 94	2,8	4,1	3,3	2,8	3,2
Juli 94	2,8	3,7	3,2	2,7	3,0
August 94	2,7	3,5	3,1	2,5	2,8
September 94	2,2	3,6	2,6	2,5	2,7
Oktober 94	2,2	4,2	2,9	3,0	3,2
November 94	2,9	3,3	3,3	2,0	2,4
Dezember 94	1,6	2,4	2,7	1,8	2,0
Januar 95	1,5	2,1	2,2	1,4	1,6
Februar 95	1,2	1,9	2,1	1,4	1,6
März 95	1,3	1,7	2,0	1,4	1,6
April 95	1,4	1,6	1,9	1,3	1,5
Mai 95	1,4	1,5	1,7	1,3	1,4
Juni 95	1,3	1,8	1,7	1,3	1,5
Juli 95	1,3	1,6	1,8	1,3	1,4
August 95	1,3	1,5	1,9	1,3	1,5
September 95	1,3	1,6	1,8	1,3	1,5
Oktober 95	1,3	1,5	1,7	1,3	1,5
November 95	1,3	1,3	1,8	1,2	1,4
Dezember 95	1,3	1,4	2,0	1,0	1,4
Januar 96	1,4	1,3	1,7	1,3	1,4
Februar 96	1,4	1,3	1,7	1,2	1,4

Quelle: European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine, Kiev.

kungen wirksam und es besteht noch Unsicherheit über ihre Wiedereinführung, die abschreckend wirkt<sup>36</sup>. Wird der Abbau glaubwürdig und wird in Verbindung mit weiteren strukturellen Reformen (insbesondere die zunehmende Privatisierung, die beabsichtigte Erleichterung von Neugründungen von Unternehmen sowie die Durchsetzung des Konkursrechts) die Anreizstruktur verbessert, so kann das Angebot bei steigender Nachfrage im Ausland ausgeweitet werden. Diese Maßnahmen erhöhen auch die Preiselastizität der Importnachfrage, weil Verbesserungen des inländischen Angebots Alternativen zu Importen eröffnen. Dies ist vor allem in bezug auf einfache Konsumgüter zu erwarten, aber auch in bezug auf Energieimporte. Die strukturellen Reformen, die auch verbesserten Wettbewerb bei der heimischen Energieerzeugung und -verteilung und den

Abbau der noch bestehenden Energiesubventionen einschließen, führen zu besserer Nutzung der heimischen Energiereserven und effizienterer Nutzung von Energie. Hinsichtlich der Preiselastizität der Auslandsnachfrage ist zu berücksichtigen, daß die Nachfrage nach einfachen Industrie- und Agrargütern meist preiselastischer ist als die Nachfrage nach hochwertigen Gütern. Insgesamt besteht somit Anlaß für einen „Elastizitätsoptimismus“, so daß von einer Abwertung die tendenzielle Verbesserung der Handelsbilanz und expansive Effekte auf Produktion und Beschäftigung erwartet werden.

<sup>36</sup> Internationale Wettbewerbsvorteile der Ukraine bei landwirtschaftlichen Gütern scheinen insbesondere bei Weizen, Sonnenblumenkernen, Rübensaatgut und Lebendvieh zu bestehen.

Schließlich gehört zu den wesentlichen Aspekten der realen Aufwertung auch der Einfluß auf das Budgetdefizit. Im ukrainischen Staatshaushalt wirkt dieser Einfluß vor allem über den Schuldendienst auf die Auslandsverschuldung. Bei steigender Netto-Auslandsverschuldung nimmt der Schuldendienst in Auslandswährung c.p. tendenziell zu. Eine reale Aufwertung dämpft jedoch den Anstieg in heimischer Währung, so daß das Budget entlastet wird. Befürchtet wird daher, daß abnehmende reale Aufwertung oder sogar reale Abwertung die Regierung zur Verringerung der Absorption zwingt und die Rezession verstärkt (vergleichbar mit der Entwicklung in bestimmten lateinamerikanischen Ländern in den 80er Jahren). Zu berücksichtigen ist aber, daß das Leistungsbilanzdefizit bisher die öffentliche US-Dollar-Auslandsschuld erhöhte. Eine Verringerung dieses Defizits als Folge beispielsweise einer Abwertung würde deshalb auch in gleicher Höhe den Anstieg dieser US-Dollar-Schuld begrenzen und der Zunahme der Zinszahlungen entgegenwirken. Entscheidend ist jedoch die Bereitschaft zur Kreditvergabe an die Ukraine. Wird der Fortschritt bei den strukturellen Reformen glaubwürdig, ist ein Nettokapitalzufluß aus privaten Quellen zu erwarten. Dieses könnte zur Streckung der Auslandsschuld und zu niedrigerer Risikoprämie führen, so daß die Zinslast sinken würde.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß von der Dämpfung der realen Aufwertung ein Beitrag zur Förderung der Exporte, der Produktion und der Beschäftigung erwartet werden kann. Hiermit würde die Stabilisierung erleichtert. Die Befürchtung steigender Belastung des Budgets erscheint nicht überzeugend, weil eine beschleunigte Stabilisierung die Streckung der Auslandsschuld erleichtern könnte.

### 3. Außenwirtschaftspolitik

Vorrangiges Ziel der Außenwirtschaftspolitik ist es, bei den Marktteilnehmern im Durchschnitt das Vertrauen darauf zu schaffen, daß die Finanzierung des erwarteten Leistungsbilanzdefizits durch Kapitalzuflüsse gesichert ist. Wenn dieses Vertrauen besteht, erwarten in- und ausländische Wirtschaftssubjekte, daß ukrainische Unternehmen und der Staat ihnen (in Form von privaten und offiziellen Auslandskrediten und Direktinvestitionen) zufließendes Kapital so verwenden, daß der Kapitalstock verbessert wird und sich dadurch das Wirtschaftswachstum und die Exporte in einem Umfang erhöhen, der ausreichend erscheint, die Bedienung der Auslandskredite und Repatriierung von Kapitalerträgen aus Auslandsinvestitionen sicherzustellen. In diesem Fall wird das Risiko einer Zahlungsbilanzkrise mit den damit einhergehenden restriktiven Maßnahmen zur kurzfristigen Begrenzung der Importe und die damit verbundene Beeinträchtigung des Wirtschaftswachstums von den Marktteilnehmern als sehr gering eingeschätzt, was wiederum eine Voraussetzung für private Kapitalzuflüsse ist. Bei dieser Beurteilung werden die sogenannten „fundamentals“ eines Landes, bei-

spielsweise das von den Marktteilnehmern erwartete Budgetdefizit, die erwartete Inflationsrate, die erwartete Zinspolitik und der erwartete Fortschritt bei ordnungspolitischen Maßnahmen berücksichtigt. Deshalb ist der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Zahlungsbilanzentwicklung und das Wachstum untrennbar mit der verfolgten Fiskal-, Geld-, Wettbewerbs-, und sonstigen Strukturpolitik verbunden. Im folgenden wird jedoch nur das Problem des zunehmenden Importschutzes und die Wechselkurspolitik betrachtet.

#### 3.1 Importsubstitution

Trotz des Ziels einer raschen Integration in die Weltwirtschaft, das die Regierung durch Kooperationsabkommen mit der EU und ihrem bereits 1993 erfolgten Beitrittsgesuch zum GATT<sup>37</sup> unterstrich, kam es seit Mitte 1995 zu Zoll erhöhungen, erhöhten Importabgaben<sup>38</sup> sowie zu Bestrebungen, die heimische Produktion durch Steuervergünstigungen für ukrainische Exportunternehmen, die mit Banken und russischen Unternehmen verflochten sind, und Wiedereinführung von Importquoten zu fördern. Es besteht daher der Eindruck, daß der Ende 1994 vollzogene Kurswechsel zu auswärtsgerichteter Wirtschaftspolitik korrigiert wird zugunsten einer (wie von Rußland verfolgten) Politik zunehmenden Schutzes gegen Importe.

Neben den im folgenden erläuterten Gründen erscheint das Einschwenken Rußlands auf einen Kurs der Betonung der Importsubstitution als Vorbild für die ukrainische Außenwirtschaftspolitik problematisch, weil Rußland eine andere Ressourcenausstattung hat (im Gegensatz zur Ukraine ist es reich an Rohstoffen) und kein Leistungsbilanzdefizit, dessen Finanzierung vor allem aus westlichen Quellen erwartet wird, solange inländische Wirtschaftssubjekte Kapital netto exportieren.

Die umfangreiche Literatur zur Außenwirtschaftspolitik und Importsubstitution<sup>39</sup> bestätigt nicht die einseitige Ablehnung der Importsubstitution (hohe Zölle, Importquoten, -lizenzen und -abgaben, Kapitalverkehrsbeschränkungen, Steueranreize, überbewertete Währung etc.), weil die

<sup>37</sup> Dieser wurde jedoch — wie bei allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion — noch nicht stattgegeben. Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996a), S. 87 ff.

<sup>38</sup> Insbesondere für Kohle, Nahrungsmittel, Fahrzeuge und Mineralölprodukte. Importe aus Rußland und Weißrußland sind zollbefreit und Importe aus Entwicklungsländern sowie Importe, die als Vorprodukte dem güterproduzierenden Gewerbe dienen, unterliegen niedrigeren Zöllen. Zwar scheint das durchschnittliche, gewichtete Zollniveau niedrig zu sein (es betrug nur ungefähr 5 vH Ende 1995), aber die speziellen Verbrauchsabgaben für Importe (für 20 Warengruppen in Höhe von 5 bis 30 vH) bedeuten eine hohe effektive Belastung.

<sup>39</sup> Vgl. beispielsweise: Lindlar (1995), Maurer (1994), Edwards (1993), International Monetary Fund (1993), Schumacher und Wilkens (1990) und Bruton (1989). Lindlar (1995) analysiert Importsubstitution im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Aufholprozeß südostasiatischer Länder.

vorübergehende Unterstützung eines Aufholprozesses sinnvoll sein kann. Die empirischen Belege für die Argumente, die für eine Politik der Imports substitution eines Landes mit geringem Pro-Kopf-Einkommen vorgebracht werden können, blieben jedoch spärlich: Als Anstoß für verstärkte Industrialisierung einer von der Landwirtschaft dominierten Wirtschaft wurde Imports substitution als hilfreich identifiziert<sup>40</sup>. Insbesondere vorübergehende Kapitalverkehrskontrollen werden als erforderliche Absicherung eines Aufholprozesses anerkannt<sup>41</sup>. Auf jeden Fall sind gerade bei Imports substitution marktwirtschaftliche Strukturen für die inländische Wirtschaft besonders wichtig.

Viele jüngere Untersuchungen unterstützen jedoch die Sichtweise, daß eine Politik der Imports substitution (zumindest nach einer Phase aufholenden Wachstums) rasch an die Grenze beschränkter inländischer Märkte stößt und daß sie tendenziell die Effizienz der Kapitalbildung und den Technologieimport beeinträchtigt und den Strukturwandel verlangsamt. Es wird ein Zusammenhang gesehen zwischen der höheren Kapitalbildung (Sachkapital, Humankapital und Forschung und Entwicklung), dem höheren Produktivitäts- und Pro-Kopf-Wachstum in Ländern mit auswärtsgerichteter Wirtschaftspolitik gegenüber Ländern, die eine Politik der Imports substitution betreiben<sup>42</sup>. Bei der Sachkapitalbildung ist zudem der empirisch belegte hohe Einfluß von Ausrüstungen auf das Wachstum zu berücksichtigen<sup>43</sup>. Werden Importe behindert, ist insbesondere das Risiko eines qualitativ rückständigen Angebots von Ausrüstungen und deshalb geringeren Produktivitätswachstums zu berücksichtigen.

Für Entwicklungsländer wurde die Bedeutung des Wachstums des Wissensbestandes der Industrieländer für den Anstieg ihrer totalen Faktorproduktivität gezeigt<sup>44</sup>. Dieser Einfluß vollzieht sich vermutlich vor allem über Importe von Investitionsgütern, wodurch auch die Humankapitalbildung und der Wissensbestand in Entwicklungsländern positiv beeinflusst werden. Der Wissenstransfer von Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen zu Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen über internationalen Handel sollte dabei möglichst rasch alle Bereiche der Volkswirtschaft betreffen. Hieraus und aufgrund steigendem Pro-Kopf-Einkommens sowie aufgrund von Nachfrage- und Angebotsänderungen (unvorhersehbare Schocks) ergibt sich ein Strukturwandel und damit ein Wandel der komparativen Vorteile. Eine Prognose dieser Prozesse mit ihren Folgen für das Wachstum der einzelnen Bereiche der Volkswirtschaft und Industriebranchen erscheint nur in sehr grobem Maße möglich. Dieses Wissen wäre aber — streng genommen — Voraussetzung für eine staatlich vollzogene Beeinflussung der relativen Preise und damit bewirkte Änderungen der Ressourcenausstattung<sup>45</sup>. Hinzu kommt das politische Risiko, Eingriffe zur Förderung bestimmter heimischer Produzenten nicht wieder zurücknehmen zu können<sup>46</sup>.

Welche Politikimplikationen für den Importschutz folgen aus den empirischen Ergebnissen bei dem gegebenen

Entwicklungsniveau der Ukraine und ihrer gegebenen Ressourcenausstattung?

Die Ukraine ist mit Ausnahme landwirtschaftlicher Güter kein rohstoffreiches Land. Die komparativen Vorteile sind gegenwärtig auf Lohnkostenvorteile beschränkt, so daß im Zuge des stärker nach Westen orientierten Handels mittelfristig die Spezialisierung auf arbeitsintensive Branchen<sup>47</sup> zunehmen wird. Der hohe Abstand beim Pro-Kopf-Einkommen gegenüber westlichen Ländern kann aber nicht allein durch Spezialisierung auf arbeitsintensive Industrien zügig verringert werden<sup>48</sup>. Das Wachstum würde stärker gefördert, wenn der im Vergleich zu Entwicklungsländern relativ hohe Anteil qualifizierter Arbeit zu Produktivitätswachstum auch in allen anderen Branchen<sup>49</sup> und Sektoren (Landwirtschaft, Bergbau, Bauwirtschaft, Dienstleistungen) genutzt werden könnte. Unter Berücksichtigung der oben skizzierten empirischen Belege kann lediglich folgen, daß hierzu eine Außenwirtschaftspolitik beitragen würde, die Importe möglichst gleichförmig und niedrig mit Zöllen und Abgaben belastet, Exporte und Auslandsinvestitionen nicht behindert, sondern durch institutionalisierte Verbesserung der Markttransparenz fördert, keine Branchen als besonders förderungswürdig identifiziert und bei der Einräumung branchenspezifischer steuerlicher Vergünstigungen zurückhaltend ist. Die Schaffung von Anreizen zur Kapitalbildung wäre Aufgabe des Steuersystems, und zwar ohne Bevorzugung bestimmter Sektoren oder Branchen und unter Berücksichtigung der Bedeutung sowohl von Sach- als auch von Human- und FuE-Kapital.

<sup>40</sup> Chenery, Robinson und Syrquin (1986). Mangelnde Industrialisierung ist jedoch kein Problem der Ukraine.

<sup>41</sup> Vgl. beispielsweise Lindlar (1995), S. 310.

<sup>42</sup> Vgl. Lindlar (1995) und International Monetary Fund (1993).

<sup>43</sup> Vgl. DeLong und Summers (1992).

<sup>44</sup> Vgl. Coe, Helpman und Hoffmaister (1995).

<sup>45</sup> Bekanntlich vollzogen südostasiatische Länder mit hohem Pro-Kopf-Wachstum sowie Japan während ihrer Aufholprozesse eine Vielzahl industriepolitischer Eingriffe zur Exportförderung. Die südostasiatischen Länder mit hohem Pro-Kopf-Wachstum gelten dennoch in der Klassifikation der Weltbank als „stark-“ oder „mäßig auswärtsgerichtete“ Länder. Jedoch fehlt der empirische Beleg für den angenommenen positiven Einfluß dieser Eingriffe auf das Produktivitätswachstum. Vgl. World Bank (1993) sowie Lindlar (1995), S. 316.

<sup>46</sup> Beispielsweise schuf die Politik der Imports substitution in Indien mächtige Interessengruppen, die Änderungen der Politik zu ihren Ungunsten zu verhindern wissen. Vgl. Bruton (1989), S. 1637 und Schumacher und Wilkens (1990).

<sup>47</sup> Nach Klassifikation der OECD (1993): Metallerzeugnisse, Textil, Bekleidung und sonstige verarbeitete Güter.

<sup>48</sup> Vgl. Berke und Trabold (1995), S. 44.

<sup>49</sup> Ressourcenintensive Branchen: Nahrungs- und Genussmittel, Holz, Mineralölverarbeitung, nichtmetallische Mineralien, NE-Metalle; skalenintensive Branchen: Papier, Druck, Chemie ohne Pharmazeutika, Kunststoffe, Eisen und Stahl, Fahrzeugbau; humankapitalintensive Branchen: Maschinenbau, Unterhaltungselektronik, Nachrichtentechnik, Halbleiter; sehr wissensintensive Branchen („Spitzentechnologie“): Computer, Luftfahrt, Pharmazeutika, naturwissenschaftliche Instrumente.

### 3.2 Wechselkurspolitik

Aufgrund der negativen Wirkung einer weiteren realen Aufwertung auf das Wachstum erschiene die teilweise empfohlene Fixierung des nominalen Wechselkurses nur dann vertretbar, wenn gegenwärtig noch eine deutliche Unterbewertung bestehen würde. Da die Unterbewertung nur schwach ausgeprägt zu sein scheint, wäre bereits jetzt abzusehen, daß nach gewisser Zeit abgewertet werden müßte oder der Wechselkurs frei schwanken würde oder auf ein Wechselkursregime mit vorangekündigten Abwertungsraten übergegangen würde. Empirische Analysen zu den Erfahrungen mit Stabilisierungen in Mittel- und Osteuropa kamen zu dem Schluß, daß die Benutzung des Wechselkurses als nominaler Anker gemeinsam mit der Lohnpolitik erfolgreicher ist als der Versuch, Geldaggregate zu kontrollieren<sup>50</sup>. Die Steuerung eines Geldaggregates ist vor allem deshalb problematisch, weil das Ausmaß der Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge bei glaubwürdiger Stabilisierung nicht vorausszusehen ist<sup>51</sup>. Hinzu kommt, daß bei Benutzung der Quantitätsgleichung für einen Stabilisierungsversuch, eine Reihe weiterer Annahmen zu treffen sind, die unter der Bedingung struktureller Änderungen der Volkswirtschaft großer Unsicherheit unterliegen. Die Benutzung der Quantitätsgleichung für einen Stabilisierungsversuch entspricht auch nicht dem Konzept der potentialorientierten Geldmengensteuerung, weil dieses Konzept eine mittelfristige Planung ist. Weitere Probleme der Benutzung der Geldmenge als Anker in Transformationsländern sind die unzureichenden geldpolitischen Instrumente, Dollarisierung und Devisenmarktinterventionen der Zentralbank.

Außerdem wird argumentiert, daß die durch Stabilisierung verursachten Outputverluste geringer sind, wenn der Wechselkurs in Verbindung mit Lohnpolitik und nicht ein Geldaggregat als Anker benutzt wird<sup>52</sup>. Seit Anfang 1995 wurde demgegenüber in der Ukraine versucht, vierteljährliche Wachstumsziele für die monetäre Basis, die Kreditgewährung der Zentralbank an den Staat sowie für die Kreditmenge einzuhalten. Der Wechselkurs wurde nicht als Anker benutzt, sondern blieb prinzipiell frei schwankend, jedoch gab es Interventionen der Zentralbank.

Seit 1994 wurde außerdem versucht, eine Lohnpolitik durchzuführen, die den Lohnzuwachs auf 80 vH der erwarteten Inflationsrate begrenzt. Hierzu dienten die Besteuerung des Lohnanstiegs, der diese Grenze übersteigt, und zeitweilig auch administrative Kontrollen. Jedoch wurde die Politik durch die stark schwankende Inflationsrate erschwert, und die Besteuerung des übernormalen Lohnzuwachses wurde nicht erzwungen. Seit Februar 1995 wurden die administrativen Kontrollen zur Begrenzung des Lohnanstiegs aufgegeben. Im Jahr 1995 stieg der durchschnittliche, gesamtwirtschaftliche Reallohn deutlich (vgl. Tabelle 1).

Der wesentliche Anker der Stabilisierung war bisher die Geldmenge (monetäre Basis) und das Kreditvolumen. Bei Errechnung der Geldmengenziele wurde teilweise eine

zunehmende und teilweise eine geringfügig sinkende Umlaufgeschwindigkeit unterstellt, bei Annahme eines im Jahresverlauf deutlich sinkenden realen BIP. Wäre die Stabilisierung glaubwürdig gewesen, und wäre deshalb die Geldnachfrage gestiegen (die Umlaufgeschwindigkeit gesunken), hätten die Vorgaben daher eine sehr restriktive Geldpolitik impliziert. Tatsächlich stieg die Umlaufgeschwindigkeit tendenziell. Stabilisierung konnte nicht erreicht werden. Die Inflationsrate blieb sehr hoch (im Januar und Februar 1996 betrug sie jeweils 9,4 und 7,4 vH) und der Rückgang des realen BIP betrug im Jahresverlauf 1995 geschätzte 11,8 vH (vgl. Tabelle 1).

Somit erscheint für die Ukraine die Wahl des Wechselkurses als ein nominaler Anker vorteilhafter, jedoch nicht in Form eines fixierten Kurses, sondern in Form der Vorankündigung monatlicher Abwertungsraten (crawling peg), um weitere reale Aufwertung zu begrenzen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen. Diese Abwertungsraten können aus einem Zielpfad für die monatliche Inflationsrate abgeleitet werden, den die Regierung gemeinsam mit den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen (Zentralbank, Unternehmen, Banken, Gewerkschaften und Parlamentarier) aufstellen könnte. Zentrale Bestandteile eines solchen koordinierten Vorgehens wären auch die Lohnpolitik und die Preispolitik der Unternehmen<sup>53</sup>. Dann könnte erwartet werden, daß die Glaubwürdigkeit des Reformprogramms verbessert wird, was voraussichtlich den Inflationsabbau, die Nachfrage nach heimischer Währung und die Kreditwürdigkeit des Staates fördern würde. Die dauerhafte Inflationsverringering ohne Outputverluste wäre wesentlich erleichtert. Auch würde solches Vorgehen vermutlich die Kapitalbewegungen beeinflussen, so daß eine Verbesserung der Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits erwartet werden könnte. Würden die Nettokapitalimporte stark steigen, beispielsweise aufgrund einer Umkehr der privaten Nettokapitalexporte in hohe Nettokapitalimporte, wäre eine Einschätzung des Einflusses dieser Kapitalimporte auf das Wachstum erforderlich, um beurteilen zu können, ob die Entwicklung des realen Wechselkurses, die mit dem festgelegten nominalen Abwertungspfad verbunden ist, weiterhin aufrechterhalten werden kann.

### 4. Schlußfolgerungen

Das bisher registrierte Handels- und Leistungsbilanzdefizit resultiert aus dem Handel mit anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, insbesondere den hohen Energie-

<sup>50</sup> Vgl. Sahay und Vegh (1995), S. 31 ff.

<sup>51</sup> Vgl. die Analyse in: Bofinger, Flassbeck und Hoffmann (1995).

<sup>52</sup> Vgl. Sahay und Vegh (1995), S. 35 und Bofinger, Flassbeck und Hoffmann (1995), S. 19 ff.

<sup>53</sup> Vgl. ausführlich: Bofinger, Flassbeck und Hoffmann (1995), S. 26 ff.

importieren aus Rußland. Es fällt schwer, das Defizit als Resultat einer Kapitalbildung zu interpretieren, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig verbessert und aus deren Erträgen die entstandene Auslandsschuld bedient werden könnte. Vielmehr scheint der bisher registrierte Importüberschuß den Konsum und die Produktion auf Halbe gestützt zu haben. Mit westlichen Ländern wäre ein Handelsbilanzdefizit zu erwarten, das im Idealfall vor allem durch langfristige Kredite und Direktinvestitionen aus privaten Quellen finanziert würde. Diese Erwartung besteht, weil der Aufholprozeß vor allem Importe von Kapitalgütern und Dienstleistungen aus westlichen Ländern erfordert, die dazu dienen, den Kapitalstock zu verbessern und so das Wachstum und die Exporte zu beschleunigen. Tatsächlich werden hier jedoch Exportüberschüsse erzielt (bzw. es besteht ein nur geringfügiger und abnehmender Importüberschuß im Handel mit der EU). Auch die Finanzierungsart des Leistungsbilanzdefizits entspricht nicht der Erwartung, weil der Kapitalzufluß überwiegend aus kurz- und mittelfristigen Krediten aus staatlichen Quellen und von internationalen Organisationen besteht, während ukrainische Wirtschaftssubjekte Kapital netto exportierten.

Zur Erleichterung erforderlicher Importe von Kapitalgütern aus Westeuropa erscheinen unter Berücksichtigung der bereits erreichten bedeutenden Auslandsschuld diejenigen Maßnahmen sinnvoll, die darauf zielen, das Exportpotential besser auszunutzen und zu vergrößern. Neben der Beschleunigung der strukturellen Reformen würde hierzu eine erhöhte Transparenz der Subventionspolitik beitragen, um insbesondere Anti-Dumping-Klagen im Westen besser abwehren zu können, denn die Industrie erhält nur in geringem Umfang Subventionen. Von der Europäischen Union, als wichtigstem Handelspartner nach Rußland, könnte dies unterstützt werden durch eine Verringerung der Zölle auf Agrarprodukte und zügigen Abbau der Beschränkungen für Stahl, Textilien und Bekleidung. Quoten können, selbst wenn sie nicht ausgenutzt werden, eine abschreckende Wirkung haben. Eine zusätzliche aktive Unterstützung des Marktzugangs osteuropäischer Anbieter würde die Markttransparenz erhöhen. Andere westliche Länder sollten auf freiwillige Exportbeschränkungen der Ukraine verzichten.

Die reale Aufwertung seit über drei Jahren konnte erwartet werden, vor allem deshalb, weil der Preisindex für Dienstleistungen weit überdurchschnittlich stieg. Jedoch scheint die noch bestehende Unterbewertung des Karbonanz nur schwach ausgeprägt zu sein, und eine weitere reale Aufwertung enthält das Risiko, die aggregierte Nachfrage bei beabsichtigter restriktiver Fiskal- und Geldpolitik weiter zu schwächen. Aufgrund einer Verbesserung des Preisverhaltens wichtiger Exportindustrien im Jahr 1995 und bei Fortgang der strukturellen Reformen kann aber erwartet werden, daß eine Dämpfung der realen Aufwertung durch Änderung der Wechselkurspolitik durch den Übergang auf ein System mit vorangekündigten monatlichen Abwertungsraten die Handelsbilanz positiv beeinflussen würde. Dies wäre auch ein Beitrag zur Verringerung erwarteter Outputverluste durch restriktive Fiskal- und Geldpolitik.

Die Erhöhung der Belastung von Importen und Steuerbegünstigungen für ausgewählte Exportunternehmen zeigen eine Änderung der Außenwirtschaftspolitik in Richtung auf eine Politik der Importsubstitution an. Diese Politik beinhaltet das Risiko, das Wachstum zu schwächen, insbesondere über die Kanäle verringerter Kapitalbildung, verlangsamten Strukturwandels und Gewöhnung der Unternehmen an Schutz vor Wettbewerb und deshalb nachlassender Anstrengung zur Verbesserung von Qualität und Produktivität. Ein empirisch unterstütztes Argument für Importsubstitution (Anstoß zur Industrialisierung einer von der Landwirtschaft dominierten Volkswirtschaft) trifft auf die Ukraine nicht zu. Die Politik der Importsubstitution stößt rasch an die Grenze beschränkter inländischer Märkte. Ein positiver Einfluß der Eingriffe der erfolgreichen Länder Südostasiens auf das Produktivitätswachstum konnte zudem ökonomisch nicht belegt werden. Die Berücksichtigung dieser und weiterer empirischer Erfahrungen führt zu dem Ergebnis, daß eine auswärtsgerichtete Außenwirtschaftspolitik, die u.a. eine gleichförmig niedrige Belastung von Importen mit Abgaben beinhaltet und keine Sektoren der Volkswirtschaft begünstigt, langfristig höheres Wachstum erwarten läßt als eine Politik der Importsubstitution.

## Literaturverzeichnis

- Baldwin, Richard E. (1994): Towards an Integrated Europe. Center for Economic Policy Research, London.
- Berke, Carla und Harald Trabold (1995): „Low-cost“ oder „High-tech“? Strategische Außenwirtschaftsoptionen für die mittel- und osteuropäischen Länder. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Diskussionspapier Nr. 124, Berlin.
- Bofinger, Peter, Heiner Flassbeck und Lutz Hoffmann (1995): The economics of orthodox money-based stabilizations: the examples of Russia, Ukraine and Kazakhstan. Erscheint in: Economic Systems.
- Brücker, Herbert, Wolfram Schrettl und Ulrich Weißenburger (1995): Investitionsfinanzierung im Transformationsprozeß. Der Konflikt zwischen monetärer Stabilisierung und Wachstumspolitik in den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion. Unveröffentlicht. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Bruton, Henry (1989): Import Substitution. In: Handbook of Development Economics, Vol. II, S. 1601-1644.
- Calvo, Guillermo, Ratna Sahay und Carlos Vegh (1995): Capital Flows in Central and Eastern Europe: Evidence and Policy Options. International Monetary Fund, Working Paper Nr. 57, Washington, D.C.
- Chenery, Hollis, Sherman Robinson und Moshe Syrquin (1986): Industrialization and Growth: A Comparative Study, New York, Oxford.
- Coe, David, Elhanan Helpman und Alexander Hoffmaister (1995): North-South R&D Spillovers. Centre for Economic Policy Research Discussion Paper Nr. 1133, London.
- DeLong, J. Bradford und Lawrence H. Summers (1992): Equipment investment and economic growth: how strong is the nexus? In: Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 2, S. 157-211.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle (1996): Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Integration in die Weltwirtschaft. Wochenbericht des DIW, Nr. 3, S. 37-60.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996a): Transformationsländer und multilaterales Handelssystem. Bearb.: Siegfried Schultz. Wochenbericht des DIW, Nr. 5, S. 86-91.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1996b): Antidumpingpolitik der Europäischen Union. Bearb.: Uta Möbius. Wochenbericht des DIW, Nr. 7, S. 119-125.
- EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) (1995): Transition Report 1995. Investment and Enterprise Development, London.
- Edwards, Sebastian (1993): Openness, Trade Liberalization, and Growth in Developing Countries. In: Journal of Economic Literature, Vol. 31, S. 1358-1393.
- European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1994): Ukrainian Economic Trends, November.
- European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1995a): Ukrainian Economic Trends, Monthly Update and Quarterly Supplement, August.
- European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1995b): Ukrainian Economic Trends, Monthly Update and Quarterly Supplement, November.
- European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1995c): Ukrainian Economic Trends, Monthly Update and Quarterly Supplement, December.
- European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996a): Ukrainian Economic Trends, Quarterly Update, January.
- European Centre for Macroeconomic Analysis of Ukraine (1996b): Ukrainian Economic Trends, Monthly Update, March.
- International Monetary Fund (1993): Convergence and divergence in developing countries, World Economic Outlook, Washington, D.C.
- International Monetary Fund (1995): IMF Economic Reviews. Ukraine, Washington, D.C.
- Kaufmann, Daniel (1994): Diminishing returns to administrative controls and the emergence of the unofficial economy: a framework of analysis and applications to Ukraine. In: Economic Policy, Vol. 19, S. 51-69.
- Kossikowa, Lydia (1993): Die Handelsbeziehungen Rußlands mit den ehemaligen Unionsrepubliken: Tendenzen und Probleme, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 23, Köln.
- Lindlar, Ludger (1995): Internationale Wettbewerbsfähigkeit der südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, S. 303-322.
- Maurer, Reiner (1994): International Trade and Economic Growth — A Survey of Empirical Studies, Kiel Working Paper No. 660.
- Möbius, Uta (1995): Passive Lohnveredelung im Rahmen der Textilimporte der EU und der Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlicht. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- OECD (1993): Industrial Policy in OECD Countries. Annual Review, Paris.
- Sahay, Ratna und Carlos Vegh (1995): Inflation Stabilization in Transition Economies: A Comparison with Market Economies, International Monetary Fund, Working Paper Nr. 8, Washington, D.C.
- Schumacher, Dieter und Herbert Wilkens (1990): Marktabschottungspolitiken wichtiger Schwellenländer und wirtschaftspolitische Entwicklung. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 118.
- The International Agricultural Trade Research Consortium (1994): The Uruguay Agreement on Agriculture: An Evaluation, Commissioned Paper No. 9, University of Minnesota, Minnesota.
- Wirtschaftsvereinigung Stahl (1995): EGKS-Außenmaßnahmen 1995, Düsseldorf.
- World Bank (1993): The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy, Oxford.
- World Bank (1996): Ukraine: The Real Economy And Its Sectors. A Quarterly Statistical Abstract, Volume 2, Issue 1, Kiev.



## Summary

### External Economic Aspects of the Transformation and Development Process in Ukraine

*The article examines foreign trade developments, the real currency appreciation and foreign trade policy in Ukraine. There are three main characteristics of foreign trade during 1993 to 1995: First, the widening external trade and current account deficit was associated with increasing shares of both consumption and inventory build-up at enterprises in GDP. Second, there has been a trade surplus regarding the group of western countries. The export potential regarding these countries appears not to be fully exploited. Third, the external current account deficit was financed mainly through short-term loans from governments and international institutions and not through long-term loans and foreign direct investment from private sources. Simultaneously, net-capital exports occurred on the part of ukrainian entities.*

*Foreign financing of consumption can be justified if the capital stock improves and the productive potential increases. Accelerated structural reforms, improved transparency of subsidies on the part of Ukraine and facilitation of trade on the part of western and eastern trading partner countries would contribute to this end.*

*Foreign trade developments were, in addition, associated with a real currency appreciation. However, the still remaining undervaluation appears to be rather small so that the choice of a fixed exchange rate, which may be preferred in order to facilitate stabilization, could rapidly lead to overvaluation. A solution may be seen in adopting a crawling peg exchange rate system with preannounced monthly rates of devaluation. In association with additional elements of the stabilization policy regarding wage and price formation this could be expected to help avoid further losses of output.*

*The increasing import duties and tax holidays for preferred export-oriented enterprises may indicate a move towards adopting a policy of import substitution. The paper elaborates on the risks of this policy for economic growth.*